

Bei der Staatsanwaltschaft Potsdam ist

eine Stelle als Mitarbeiter/in im mittleren Justizdienst (m/w/d)

unbefristet zu besetzen.

Die Ausschreibung richtet sich ausschließlich an Bewerber/innen mit einer abgeschlossenen

- Ausbildung als Fachangestellte-r für Bürokommunikation
- Verwaltungsfachangestellte/r oder
- vergleichbaren Ausbildung in einem verwaltenden oder büronahen Beruf mit mindestens zwei Jahren Berufserfahrung.

Das Aufgabengebiet umfasst im Wesentlichen die elektronische Datenerfassung sowie die Erstellung von Schriftverkehr nach Diktat und Vorlagen.

Unser Interesse gilt teamorientierten Bewerberinnen und Bewerbern mit

- die deutsche Sprache schriftlich und mündlich sicher beherrschen und gute schreibtechnische Fertigkeiten besitzen (Abnahme eines Schreibtests),
- mit den aktuellen MS-Office-Anwendungen (Word, Excel, Outlook) gut umgehen können,
- in hohem Maße selbständig, eigenverantwortlich und serviceorientiert arbeiten,
- überdurchschnittlich lern- und leistungsbereit sowie belastbar sind
- gesundheitlicher Eignung zur Ausübung von Bildschirmtätigkeiten,
- sich gut in neue Verfahrensabläufe, Aufgabengebiete und IT-Programme einarbeiten können,
- über ausgeprägte organisatorische und kommunikative Fähigkeiten sowie Teamfähigkeit verfügen und
- ein freundliches, sicheres und gewandtes Auftreten sowie höfliche Umgangsformen besitzen.
- Kenntnissen im Bereich der Gerichtsorganisation sind von Vorteil, jedoch nicht Bedingung.

Die Eingruppierung erfolgt nach dem Tarifvertrag der Länder (TV-L) und der Entgeltordnung zum TV-L.

Die Stelle ist - bei Vorliegen der persönlichen und tariflichen Voraussetzungen - nach Entgeltgruppe 5 bewertet. Die Arbeitszeit beträgt in Vollzeit 40 Stunden und verteilt sich auf 5 Tage pro Woche.

Die Bewerberauswahl erfolgt unabhängig von Geschlecht, Behinderung, ethnischer und sozialer Herkunft, Religion/Weltanschauung, Alter sowie sexueller Orientierung und

Identität. Die Tätigkeit ist grundsätzlich für Teilzeitbeschäftigte geeignet. Gehen entsprechende Bewerbungen ein, erfolgt die Prüfung der Teilzeitwünsche im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten.

Die Staatsanwaltschaft Potsdam strebt in allen Beschäftigtengruppen eine ausgewogene Geschlechterrelation an.

Das Aufgabengebiet ist für schwerbehinderte oder ihnen gleichgestellte Menschen grundsätzlich geeignet. Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung und Qualifikation bevorzugt berücksichtigt. Zur Wahrung der Interessen ist der Bewerbung ein Nachweis der Schwerbehinderung oder Gleichstellung beizufügen.

Wir bieten

- ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis mit attraktiver tariflicher Vergütung
- 30 Tage Erholungsurlaub im Kalenderjahr sowie bezahlte Freistellungen am 24.12. und 31.12.
- eine interessante und abwechslungsreiche Tätigkeit bei einem zuverlässigen, krisensicheren und wertschätzenden Arbeitgeber,
- eine flexible Arbeitszeitgestaltung,
- eine begleitende Einarbeitung in das Aufgabengebiet,
- vermögenswirksame Leistungen,
- eine Betriebsrente (VBL),
- eine jährliche Sonderzahlung,
- Unterstützung Ihrer Mobilität mit dem VBB-Firmenticket bzw. dem Deutschlandticket Job,
- bedarfsorientierte Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten,
- vielfältige Angebote im Rahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements,
- einen attraktiven und mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbaren Standort in der Landeshauptstadt Potsdam und
- ein modernes, gut ausgestattetes Arbeitsumfeld einschließlich Mitarbeiter-Bistro

Bewerberinnen und Bewerber werden gebeten, ihre Bewerbung mit den üblichen und aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen bis zum **25. August 2026** an den

Leitenden Oberstaatsanwalt
bei der Staatsanwaltschaft Potsdam
z.Hd. Justizoberamtsrätin Scheurell
Postfach 60 13 55
14413 Potsdam

oder per E-Mail in einer zusammengefassten Datei im PDF-Format mit einer Größe von maximal 5 MB an

Wir erheben und verarbeiten personenbezogenen Daten gemäß § 26 BbgDSG zweckgebunden für die Besetzung der o.a. Stelle. Diese Daten werden an die mit der Durchführung des Stellenbesetzungsverfahrens beauftragten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft Potsdam weitergegeben. Eine darüberhinausgehende Nutzung oder Weitergabe der Bewerbungsdaten an Dritte erfolgt nicht.

Bewerberinnen und Bewerber, welche bereits im öffentlichen Dienst tätig sind, fügen der Bewerbung bitte unter Angabe der personalaktenführenden Dienststelle eine Einverständniserklärung zur Einsichtnahme in ihre Personalakte einschließlich des Krankenheftes bei.

Die Bewerbungsunterlagen werden nur zurückgesandt, wenn ein ausreichend frankierter Rückumschlag beigelegt ist. Anderenfalls erklärt sich die Bewerberin / der Bewerber damit einverstanden, dass die Bewerbungsunterlagen auch im Falle einer erfolglosen Bewerbung für die Dauer von zwei Monaten nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens aufbewahrt und anschließend nach den Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes vernichtet werden.

Eine Zusendung von Eingangsbestätigungen und Zwischennachrichten ist nicht vorgesehen. Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass eine Kostenerstattung für Auslagen/Reisekosten im Rahmen des Bewerbungsverfahrens nicht möglich ist.